

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 014-2015
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2015.RRGR.62

Eingereicht am: 19.01.2015

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Imboden (Bern, Grüne) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0



Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 22.01.2015

RRB-Nr.: vom
Direktion: Volkswirtschaftsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:

Nationalbankentscheid zum Frankenkurs: Folgen für die Berner Wirtschaft und mögliche Massnahmen?

Der Entscheid der Nationalbank, am 15.1.2015 den Mindestkurs aufzuheben, war ein Paukenschlag. Der unerwartete Entscheid gefährdet die Löhne und Arbeitsplätze in der Exportwirtschaft massiv und erhöht die Deflationsgefahren in der Schweiz. Bereits mit einem Kurs von Fr. 1.20 gegenüber dem Euro war der Franken deutlich überbewertet. Es ist mit einer unkontrollierten Aufwertung zu rechnen. Die bereits heute unter dem überbewerteten Franken leidende Exportwirtschaft (insbesondere die im Kanton Bern wichtigen Branchen wie Industrie, Tourismus, aber auch vor- und nachgelagerte Branchen) wird besonders gefährdet.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie schätzt der Regierungsrat die Folgen für den Kanton Bern ein?
2. Was gedenkt der Regierungsrat zu tun, um den Erhalt der Arbeitsplätze und den Schutz der Löhne zu sichern?

3. Welche Instrumente stehen dem Regierungsrat zu Verfügung, um den Verlust von Arbeitsplätzen möglichst zu verhindern (Kurzarbeit usw.).
4. Welche Instrumente stehen dem Regierungsrat zur Verfügung, um den Schutz der Löhne zu gewährleisten und Lohndumping zu verhindern (z. B. Auszahlung der Löhne in Grenzregionen in Euro).
5. Welche Massnahmen erachtet der Regierungsrat in den Bereichen Forschung/Entwicklung/Bildung/Innovation als nützlich?
6. Sieht der Regierungsrat mittelfristig mögliche Massnahmen für eine Diversifizierung der Berner Wirtschaft im Sinne einer nachhaltigeren Wirtschaftsentwicklung?
7. Was sind die Auswirkungen auf die kantonalen Pensionskassen?

Begründung der Dringlichkeit: Weit über Parteigrenzen hinweg wird der Entscheid der SNB als unerwartet gesehen und von vielen kritisiert. Die Folgen für den Kanton Bern als Industrie- und Tourismuskanton sind gravierend. Die Existenz vieler Betriebe und vieler Arbeitsplätze ist auf dem Prüfstand oder gar in Gefahr. Daher sind rasches Handeln und eine rasche Antwort auf die gestellten Fragen für die Öffentlichkeit und die Wirtschaft wichtig.